

## BDK 2005 - Leitantrag nach der verlorenen Bundestagswahl

**Notizbuch:** BDK 2005 Oldenburg

**Erstellt:** 03.10.2023 12:24

**Geändert:** 03.10.2023 12:32

**Autor:** Till Westermayer

### 25. Ordentliche Bundesversammlung

15. Oktober 2005, Weser-Ems Halle Oldenburg

**AntragstellerInnen:** Bundesvorstand

**Gegenstand:** Aktuelle Debatte

**Anmerkungen:** BuVo-Beschluss vom 05.10.05

A 01

Grüne

#### Grün macht den Unterschied – Für die ökologische und solidarische Modernisierung unseres Landes

- Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Bundestagswahl starke GRÜNE in den Deutschen Bundestag gewählt. Die Bundestagswahl 2005 war nicht unsere Idee. Wir GRÜNE haben uns aber, als die Entscheidung des Kanzlers für die vorgezogene Wahl gefallen war, schnell auf die neue Lage eingestellt. Wir haben, anders als die anderen Parteien, unser Wahlprogramm vor Beginn des Wahlkampfes bei einem Parteitag gemeinsam erarbeitet. Danach haben wir mit hoher Mobilisierung der ganzen Partei vom Ortsverband über die Kandidaten und Kandidatinnen bis zum Spitzenteam und zum Spitzenkandidaten Joschka Fischer einen ideenreichen, sehr engagierten und thematisch richtig zugespitzten Wahlkampf geführt. Und waren damit erfolgreich.

#### Ergebnis der Bundestagswahl

- 15 Mit 8,1% der Zweitstimmen haben wir ein sehr gutes Ergebnis erkämpft, das Drittbeste in unserer Geschichte. Unter den schwierigen Bedingungen dieses Wahlkampfes erzielt, ist es sicherlich nicht weniger wert als das Spitzenergebnis von 2002.
- 20 GRÜN hat sich damit als stabile, eigenständige Kraft erwiesen. Wir haben uns trotz mächtigen Gegenwindes und trotz zusätzlicher politischer Konkurrenz mit unserem GRÜNEN Wahlkampf behauptet, wurden nicht zwischen den größeren Blöcken zerrieben. 63% unserer Wählerinnen und Wähler gaben an, dass für sie inhaltliche Abwägungen im Vordergrund gestanden hätten.
- 25 Vor allem bei Frauen hatten wir Rückhalt (9,4%). Wir freuen uns auch über das gute Ergebnis bei den Jungwählerinnen und Jungwählern, dort waren wir stärker als FDP und Linkspartei.PDS. Im Osten haben wir deutlich zugelegt. Wir kamen mit unseren ökologischen und verbraucherpolitischen Themen an, unsere Strategie „Weg vom Öl“ zeichnete uns gegenüber allen anderen aus.

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

## Raum für Notizen

- 30 Gesellschaftspolitische Liberalität, Toleranz und Offenheit, für die wir stehen, und unser Einstehen für Gerechtigkeit waren Markenzeichen. Wir konnten deutlich machen, wie wir Rot-Grün verändern und erneuern wollten. Wir konnten auch in den wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Themen mehr punkten als 2002. Trotzdem gaben wir sowohl an die Linkspartei.PDS Stimmen ab als auch an Union, FDP und ins Nichtwählerlager. Aber
- 35 Rot-Grün verlor insgesamt nicht wegen GRÜN. Schröder erhielt das neuerliche Regierungsmandat nicht, das er gewollt hatte. Die Schwäche der SPD führt zum Ende der rot-grünen Bundesregierung.
- 40 Unser Wahlkampf hat wirksam dazu beigetragen, dass erfreulicherweise Schwarz-Gelb am 18. September keine Mehrheit gewinnen konnte – Union und FDP zusammen haben im Gegenteil gegenüber 2002 deutlich Stimmen verloren. Zum dritten Mal in Folge gab es keine neoliberalkonservative Mehrheit bei Bundestagswahlen.
- 45 Union und FDP sind gescheitert, weil sie dem blanken Ökonomismus geopfert haben. Weil sie den Willen aufgegeben haben, die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zu stellen. Sie wollten den radikal ungerechten Systemwechsel im Sozialstaat, die Privatisierung von Lebensrisiken, den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und eine rückwärtsgewandte Gesellschaftspolitik. Sie haben verloren, weil sie, ähnlich wie vor drei Jahren, selbst angesichts von Hochwasserfluten, Hurrikan-Katastrophe und Energiepreis-
- 50 Desaster ökologische Ignoranz repräsentierten. Das schwarz-gelbe neoliberale Durchregieren hat kein Mandat erhalten. Auf der anderen Seite wuchsen auch die Bäume der Linkspartei.PDS mit ihrer populistischen Politik nicht in den Himmel. Ihre fundamentale Absage an die begonnenen Reformen blieb klar in der Minderheit. Lafontaines Stimmungsmache hat eine Abfuhr erhalten.
- 55 Insgesamt ergab die von allen Parteien als Richtungswahl apostrophierte Wahlentscheidung ein politisches Patt. Einerseits ist das alte sozialdemokratische Paradigma, in dem sich fortschrittsgläubiger Industrialismus mit paternalistisch geprägter Schutzfunktion für Arbeitnehmer verband, an sein Ende gelangt. Andererseits gibt es gegen die von Merkel, Stoiber und Westerwelle vertretene Politik der Absage an das Sozialstaatsgebot und an ökologische Verantwortung eine Mehrheit links von der Union, die aber nicht gemeinsam
- 60 regierungsfähig ist, da sie tiefgreifende programmatische und strategische Differenzen hat. Das Resultat wird eine Große Koalition der Wahlverlierer sein, von der wir wohl bei wichtigen Reformaufgaben Stillstand zu erwarten haben und von der gerade bei GRÜNEN Anliegen Rückschritt auf Kosten der
- 65 Zukunftsfähigkeit dieses Landes droht – so bei Umwelt- und Klimaschutz, in der Energiepolitik, beim Schutz der Bürger- und Verbraucherrechte oder bei der Agro-Gentechnik.
- 70 Wir GRÜNE haben uns schon seit der Entscheidung des Bundeskanzlers für Neuwahlen für den Fall, dass Rot-Grün keinen Regierungsauftrag bekommt, auf Opposition als realistische Option eingestellt. Opposition ist kein „Mist“, sondern wir achten den Auftrag zur Opposition als unverzichtbare demokratische Aufgabe. Trotzdem haben wir nach dem 18. September die Angebote von SPD und Union angenommen, über die Möglichkeiten der Bildung einer
- 75 „Ampel“- oder einer „Schwampel“-Regierung zu sprechen. Dies geschah
- 80

nicht nur aus Höflichkeit, sondern um ernsthaft auszuloten, ob es eventuell doch eine Chance gibt, GRÜNE Reformpolitik in einer dieser Dreier-Kombinationen umzusetzen. Bundesvorstand und Parteirat waren sich einig, dass dabei Inhaltsfragen klar vor Machtfragen standen und stehen. Rot-Rot-Grün war durch die Absage von SPD, PDS und uns keine Option. Die Ampel-Spekulation scheiterte, noch bevor die inhaltlichen Schnittmengen hätten geprüft werden können, an der Weigerung der FDP, darüber überhaupt zu sprechen. Der sogenannten „Jamaika“-Idee begegneten wir von Anfang an mit noch größerer Skepsis. Tatsächlich zeigte sich dann, dass die Union nicht bereit oder in der Lage war, aus dem Scheitern ihrer marktradikalen und anti-ökologischen Strategie grundlegende Konsequenzen zu ziehen. Damit war für uns die Voraussetzung für weitere Sondierungen nicht gegeben.

Für uns GRÜNE stellt sich nun in der vor uns liegenden 16. Legislaturperiode des Bundestages die Aufgabe, eine harte und phantasievolle, angriffslustige und konzeptionelle Opposition zu sein. Wir werden eine konstruktive Opposition betreiben. Als kleinste Fraktion im Bundestag wollen wir gegenüber der marktradikalen FDP am einen Rand und der populistischen Linkspartei.PDS am anderen die Oppositionsführerschaft erringen. Beide Konkurrenten gefallen sich auf jeweils ihre Weise in grob vereinfachten Problemdeutungen und uneinlösbaren Versprechungen. Wir werden dagegen einen klaren, für die Bürgerinnen und Bürger verständlichen Kurs der praktischen Reformbereitschaft steuern, beruhend auf nüchterner Analyse und machbaren Alternativen. Und unsere Stärke ist es weiterzudenken. Als Opposition werden wir Garanten der in den rot-grünen Jahren – teilweise auch gegen den Willen der SPD – erkämpften Fortschritte sein und uns dafür einsetzen, dass die Politik an unseren ökologischen und sozialen Zielen gemessen wird. Als Opposition werden wir Impulsgeber und Kreativwerkstatt sein. Als Opposition wollen wir auch die Regierung stoßen, schieben und hinter uns herziehen in Richtung gesellschaftlich notwendiger Reformen. Wir stehen dabei für die Verbindung von ökologischer Erneuerung und wirtschaftlicher Dynamik, für die Balance von Modernisierung und Gerechtigkeit, für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Bürgerrechte, Weltoffenheit, für ein vernünftiges Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit und für eine verantwortliche Außen- und Friedenspolitik.

Die sieben Jahre unserer Regierungsbeteiligung haben wir nicht als (babylonische) Gefangenschaft erlebt. Aber in dieser Zeit sind auch grundsätzliche Differenzen zu den Positionen der SPD klar geworden – etwa bezüglich ihrer rückwärtsgewandten Industriepolitik oder ihres etatistischen Staatsverständnisses. Wir haben auch eigene Fehler gemacht, die wir im Wahlprogramm bereits benannt haben, zum Beispiel sind Gerechtigkeitslücken unbestreitbar. Im Wahlprogramm haben wir die Konsequenzen daraus gezogen.

Dennoch: Sieben Jahre Rot-Grün waren eine für grüne Ziele erfolgreiche Zeit. Deutschland ist grüner geworden. Davon werden wichtige Weichenstellungen und Aufbrüche auch über das Ende von Rot-Grün hinaus von Bedeutung bleiben. Grüne Erfolge gab es besonders in den Bereichen der Gesellschafts- sowie der Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik: Staatsbürgerschaftsrecht, Atomausstieg, Gewaltschutzgesetz, Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, Ökologische Steuerreform, das Erneuerbare Energien Gesetz, Agrarwende, Ganztageschulen, neue Kinderpolitik, Zuwanderungsgesetz, Lebensmittel ohne Gentechnik und gesunde Ernährung. In der Arbeitsmarkt-

135 und Sozialpolitik waren wir bereit, notwendige Reformen anzugehen, die  
vorher 16 Jahre liegen geblieben waren. Das Rentensystem wurde generatio-  
nengerechter. Frühere SozialhilfeempfängerInnen erhielten Anspruch auf  
Qualifizierung und Vermittlung. In der Außenpolitik hat in rot-grüner Zeit  
140 Deutschland mehr internationale Verantwortung übernommen, und wir ha-  
ben unser Land aus dem Irakkrieg herausgehalten. Wir haben unserem Han-  
deln einen erweiterten Sicherheitsbegriff zugrunde gelegt, der zivile Kon-  
fliktbearbeitung, Bekämpfung der Armut, den Erhalt der Umwelt und Einhal-  
tung der Menschenrechte umfasst.

#### Strategische Veränderungen

145 Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl hat die Voraussetzungen für  
künftig erfolgreiche Durchsetzung GRÜNER Politik grundlegend verändert.  
Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beginnt damit eine neue politische Phase. Wir  
müssen als Partei unsere Grundwerte und unsere programmatische Orien-  
150 tierung nicht neu erfinden. Wir müssen aber mit weiterentwickelten Bünd-  
nisstrategien gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Reformvorstellungen  
erringen und neue Wege finden, um für GRÜNE Politik Gestaltungsmehrhei-  
ten zustande zu bringen.

155 Gründlich verändert hat sich mit der Bundestagswahl das Parteiensystem. Die  
beiden Volksparteien bröckeln weiter. CDU/CSU und SPD sind beide Wahl-  
verlierer. Zusammen haben sie diesmal unter 70% der Stimmen erhalten,  
weniger als jemals seit 1949. Es ist nicht zu sehen, wie die Erosion der Volks-  
partei wieder gestoppt oder gar in ihr Gegenteil verkehrt werden könnte.  
160 Vielleicht stehen wir am Beginn des Endes der Volksparteien wie wir sie ken-  
nen.

Rot-Grün hat gegenwärtig in keinem Landtag außer in Rheinland-Pfalz und  
Bremen eine Mehrheit. Der Linkspartei.PDS könnte es bei weiterer Stabilisie-  
165 rung etwa durch Zuzug aus bestimmten Gewerkschaftskreisen gelingen, eine  
rot-grüne Mehrheitsbildung auf Länderebene vielleicht noch mehr zu er-  
schweren. Für uns bleibt Rot-Grün eine wichtige Option im Bund und in den  
Ländern, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Chancen für Zwei-  
er-Konstellationen auf eine regierungsfähige Mehrheit, außer für eine Große  
170 Koalition, geringer werden. Schwarz-Grün ist zudem durch die Union pro-  
grammatisch versperrt. Rein rechnerisch ergeben sich Dreier-Kombination aus  
Rot-Grün-Gelb, Schwarz-Gelb-Grün oder Rot-Rot-Grün. Wenn wir GRÜNE  
im Bund mittelfristig nicht nur auf die Karte Rot-Grün oder auf die Rolle der  
Opposition beschränkt werden wollen, müssen wir auch daran arbeiten, neue  
175 Bündnisse parlamentarisch möglich zu machen. Das gilt ebenso für die Län-  
derebene. Immer gehen Inhalte vor Macht.

Neue Gestaltungsmehrheiten im Parlament für GRÜNE Politik entstehen nicht  
über Nacht. Sie entstehen schon gar nicht durch programmatischen Oppor-  
180 tunismus. Es gibt von uns zu den anderen Parteien keine Äquidistanz: Nicht  
beim Atomausstieg, bei Energie- und Klimapolitik, nicht in der Gentechnik-  
und der Verbraucherpolitik, nicht in den Fragen der sozialen Erneuerung,  
nicht in Bürgerrechtsfragen, nicht in der Gesellschaftspolitik und nicht hin-  
sichtlich der Bildungs- und Kinderpolitik. In allen diesen Bereichen haben wir

185 mit der SPD zusammen mehr erreicht, als mit der Union auch nur diskutierbar  
wäre.

Um in allen diesen für uns wesentlichen Bereichen Gestaltungsmehrheiten für  
GRÜNE Politik wieder zu ermöglichen, müssen wir in klarer und harter, offe-  
190 ner und offensiver Auseinandersetzung mit der politischen Konkurrenz die  
Reichweite GRÜNEN Einflusses erweitern, müssen wir GRÜNE Ideen hege-  
monial machen. Der neoliberalen Politik der FDP sind wir diametral entge-  
gengesetzt. Bündnisse mit einer Union, die bloß wirtschaftsliberal und kultur-  
konservativ ist, bei der soziale und ökologische Interessen im toten Winkel  
195 der politischen Aufmerksamkeit liegen, bei der Freiheit und Weltoffenheit  
einer illusionären Law and Order Politik geopfert werden, kommen für uns  
nicht in Betracht. Auch nicht Bündnisse mit einer Linkspartei.PDS, die soziale  
und notwendige Reformen für den Erhalt des Sozialstaats in Zeiten der Glo-  
balisierung fundamental und strukturkonservativ verweigert und stattdessen  
200 das Blaue vom Himmel verspricht, ohne sich der Finanzierungsfrage zu stel-  
len.

Neue Bündnisse beginnen nicht zuerst im Parlament. Sie beginnen in der Ge-  
sellschaft, bei den Wählerinnen und Wählern. Bisher sagen in Umfragen rund  
205 70% der Wählerinnen und Wähler noch, sie könnten sich nicht vorstellen,  
GRÜN zu wählen. Aber eine Mehrheit sagt auch, wir GRÜNEN kümmern  
uns um wichtige Probleme, die andere Parteien vernachlässigen..Außerdem  
haben wir bereits in vielen Fragen populäre Mehrheiten für GRÜNE Ziele. Das  
reicht vom Atomausstieg über die erneuerbaren Energien und eine ehrgeizige  
210 Klimapolitik, über Ablehnung von Genfood, über mehr Verbraucherrechte,  
über Ganztageschulen, über den Ausbau der Kinderbetreuung, gesundes  
Essen, über die Bürgerversicherung, über die Ehe von Schwulen und Lesben  
bis zum Vertrauen in die von Joschka geprägte Außenpolitik. Tatsächlich ma-  
chen wir damit erfolgreich Politik im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Um  
215 auch in den konservativen oder in den linken Kreisen, in denen wir bisher als  
Wahlalternative nicht in Betracht kommen, über Einzelthemen hinaus Zugang  
zu finden, müssen wir uns für die Blickweisen und Anliegen dieser Menschen  
mehr öffnen und ihnen unsere GRÜNEN Politikangebote zugänglicher ma-  
chen. Dazu wollen wir unsere politische Kultur weiter verbessern, Zugang  
220 und Teilhabe erleichtern. Auch die Bündnisfähigkeit und Kampagnenfähigkeit  
unserer Partei müssen wir weiter erhöhen – unser bundesweit erfolgreicher  
Aktionstag am 10.9., an dem sich die Kreisverbände intensiv beteiligt haben,  
zeigt, dass wir schon eine gute Grundlage dafür gelegt haben.

225 Die Diskussion der letzten Wochen hat gezeigt, dass sich Erwartungen an  
neue Gestaltungsmehrheiten aus verschiedenen Richtungen an uns GRÜNE  
richten. Manche „Jamaika“-Befürworter, etwa aus dem Wirtschaftsrat der  
Union (angeblich zu 70% für „Jamaika“), suchten sicherlich nur einen Hilfs-  
motor für ihre bei der Bundestagswahl gescheiterte Politik. Bei ihrem Plädoyer  
230 kam zum Beispiel die Ökologie nicht vor. Andere sprachen beim „Kampf um  
die Grünen“ davon, uns auf einen „wertkonservativen Kern“ zu reduzieren.  
Aber bestimmte befürwortende Stimmen, auch aus der Wirtschaft, richteten  
sich durchaus darauf, dass wir für ökologische Innovation stehen und mittel-  
standsfreundliche Politik anstreben, die wirtschaftliche Dynamik mit sozialen  
235 Rücksichten verbindet. Positiv wurde unser Eintreten für eine nachhaltige  
Finanzpolitik und für Generationengerechtigkeit vermerkt. Solche Signale

wollen wir aufgreifen. Genauso wie die von reformorientierten Gewerkschaftern, die unsere Verteidigung von Arbeitnehmerrechten ebenso schätzen wie etwa unsere bildungs- oder frauenpolitischen Positionen.

240

Wir halten an unserer Grundposition fest, wie wir sie im Grundsatzprogramm beschlossen haben: „Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte.“ Von diesen Werten leitet sich unsere Politik ab. Mehrheiten mit uns müssen mit diesen Grundüberzeugungen vereinbar sein. Wir wollen mit unseren Inhalten in alle Richtungen wirken, in das linke Lager ebenso wie in das sogenannte bürgerliche Lager. Wir können das, weil wir als GRÜNE die moderne, wertorientierte und emanzipative Kraft sind, die links, freiheitlich und wertkonservativ ist. Die FDP ist gegenwärtig ganz neoliberal verbarrikadiert. Aber es ist noch völlig unklar, ob die beginnende Kritik innerhalb der Union an der eigenen, radikalen Westerwellsierung durch Merkel, Merz und Kirchhof zu einer Besinnung auf eine zeitgemäße Wiederaneignung der christlich-sozialen Traditionslinie führen wird. Noch ist auch nicht absehbar, ob sich die Linkspartei.PDS für konstruktive linke, ökologische Reformpolitik öffnen könnte. Schließlich ist nicht absehbar, wie berechenbar die SPD unter dem Druck von rechts und links sein wird. Um so mehr gilt für uns GRÜNE die Maxime, dass parlamentarische Bündnisse daran zu messen sein werden, wie viel GRÜNE Politik sie ermöglichen. Nach dem Ende des bisherigen Modells Rot-Grün stehen wir vor einem Neustart GRÜNER Möglichkeiten. Wir arbeiten aus der Opposition an der „Option GRÜN“. Das bedeutet die Möglichkeit unterschiedlicher Regierungskonstellationen zu eröffnen, wenn sie eine gute Umsetzung GRÜNER Politik versprechen. Wir sehen darin auch einen Beitrag zur Neuausrichtung der Europäischen Linken, die vor der Aufgabe steht, aus den verschiedenen nationalen Sozialmodellen einen gemeinsamen, attraktiven Weg der nachhaltigen und solidarischen Erneuerung herauszuarbeiten.

245

250

255

260

265

#### **Inhaltliche Aufgaben**

270

Inhaltlich stehen wir GRÜNE als Oppositionspartei vor mehreren Aufgaben. Wir müssen schnell zur politischen Attacke finden, um früh den Widerstand gegen durch die Große Koalition drohende politische Rückschritte zu organisieren. Das betrifft etwa den Verbraucherschutz und dabei vor allem die Agro-Gentechnik, den Naturschutz oder den Bereich der Bürgerrechte. Auch wenn es darum geht, den Abbau von Arbeitnehmerrechten zu verhindern, können die Betroffenen auf Grüne Oppositionspolitik zählen. Grüne Oppositionspolitik wird sich aber nicht darin erschöpfen, Rückschritte zu verhindern. Wir müssen breite gesellschaftliche und institutionelle Bündnisse eingehen, um für zentrale GRÜNE Reformkonzepte Druck zu machen. Das gilt für die Strategie „Weg vom Öl“, für bildungspolitische Reformen und die Kinderpolitik, für beschäftigungspolitische Initiativen gerade im niedrig qualifizierten Bereich, für eine aktive Politik der Gleichstellung der Geschlechter. Klima- und Energiepolitik ist ein strategischer Angelpunkt für unsere GRÜNE Perspektive, auch in globaler Verantwortung. Hier treffen sich Wirtschafts- und Umweltpolitik, Wissenschaft und Innovation, soziale Fragen, Sicherheits- und Außenpolitik, sowie Entwicklungspolitik. Im Jahr 20 nach Tschernobyl, angesichts zunehmender Klimaextreme, im Bewusstsein neuer Berichte über eine Beschleunigung der Erderwärmung und drohende Rekord-Eisschmelze wird dies für uns

275

280

285

290 auf allen Ebenen der Politik von der Kommune bis Europa ein Zentralthema  
2006 sein.

Wir müssen in etlichen Fragen unsere Konzepte weiter entwickeln. Das ist  
sicher generell richtig für den Bereich der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und  
Sozialpolitik, für eine Umweltpolitik, die mit weniger Bürokratie mehr Um-  
weltschutz bewirkt, wie für die stärkere Einbindung der Mobilitäts- und  
295 Chemiepolitik in eine ökologische Innovationspolitik und die gerechte Ge-  
staltung der Globalisierung. Europa steckt in der Krise und braucht dringend  
einen demokratischen Schub. Das GRÜNE Projekt einer europäischen Volks-  
abstimmung über einen Verfassungsrahmen erfordert eine Kraftanstrengung  
auf allen politischen Ebenen, um die notwendige europäische Öffentlichkeit  
300 zu erzeugen. Wir brauchen ein GRÜNES „Arbeitsmarktszenario 2020“.  
Schließlich müssen wir konkret der Regierung auf der Spur bleiben und ihren  
Vorschlägen eigene Alternativen gegenüberstellen, sei es bei der Föderalis-  
musreform, bei der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, beim Subventi-  
onsabbau oder der Haushalts- und Steuerpolitik.

305 Manche dieser Aufgaben sind das selbstverständliche Geschäft der Bundes-  
tagsfraktion. Andere gehen nicht nur die neue Bundestagsfraktion an, son-  
dern die ganze Partei. Es ist Aufgabe des Bundesvorstandes, in Zusammenar-  
beit mit der Bundestagsfraktion, mit Bundesarbeitsgemeinschaften, mit Lan-  
desverbänden, der Grünen Jugend, den Landtagsfraktionen, den Kommunala-  
sowie der Fraktion im Europäischen Parlament einen kreativen, innovativen  
und auch provokativen Wettbewerb um die Lösung dieser Aufgaben zu  
310 koordinieren. Dabei kommt es auch darauf an, Schwächen unserer Vernet-  
zung in die Gesellschaft hinein, etwa im Bereich der Wissenschaften und der  
Forschung, zu überwinden. Unsere Verbindungen in die kulturelle Szene  
315 wollen wir ausbauen.

Viele der genannten Fragen berühren unmittelbar Grundsatzfragen GRÜNER  
Politik. Etwa beim Sozialen: Wie halten wir die soziale Balance in einer sich  
320 dynamisierenden Ökonomie? Wie soll das Verhältnis zwischen Bürgern und  
Staat, zwischen Individualität und sozialer Bindung neu vermessenen werden?  
Von welchen Voraussetzungen, die sie nicht selbst schafft, lebt Sozialpolitik?  
Welche Zugänge zu Bildung und Kultur sind nötig, um soziale Gerechtigkeit  
325 im Sinne der Verbindung von Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und  
Solidarität zu ermöglichen? Welche Rechte brauchen Verbraucherinnen und  
Verbraucher, um bei Gesundheit bis Altersvorsorge abgesichert zu sein? Was  
ist der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts? Inwieweit greift er Traditionen an-  
330 derer Länder, zum Beispiel der nordischen Länder, auf? Wie „garantistisch“  
ist er? Welche Rolle bekommt die Europäische Union in der grünen Wirt-  
schafts- und Sozialpolitik? Wie geht GRÜNE Wirtschafts- und Sozialpolitik  
damit um, dass sich unsere Gesellschaftsformation, die um Erwerbsarbeit als  
335 kulturellen Zentralwert zentriert war, fundamental verändert? Dass Wirt-  
schaft und Arbeitsmarkt sich spalten in einen dem internationalen Wettbe-  
werb ausgesetzten Teil und einen von staatlichem Schutz und Subventionen  
abhängigen Teil? Dass eine alternde Gesellschaft mit veränderter Risikobereit-  
schaft und Produktivitätsweise die wirtschaftliche Prosperität mit neuen Her-  
ausforderungen konfrontiert? Wie lassen sich soziale Rechte, eine armutsfe-  
340 ste Grundsicherung und unser gesellschaftliches Leitbild der Weltoffenheit  
und Freiheit in Zeiten der Globalisierung durchsetzen?

? was heißt das?  
dass mit einer  
Stärke stellt,  
in die  
Vollbeschäftigung  
mehr der  
Normalfall sein  
wird.  
dass eine für  
Spekulation  
gezeigt wird, in  
die Vollbeschäftigung  
nicht mehr der  
Normalfall ist.

345 Um solche Fragen zu diskutieren, wird vor Sommer 2006 ein GRÜNER Zukunftskongress stattfinden, den unsere Grundsatzkommission thematisch vorbereiten soll. Dort sollen vier Jahre nach Verabschiedung des Grundsatzprogramms die darin enthaltenen Leitprojekte neu hervorgehoben und von ihnen ausgehend der grüne Leitfaden unserer Politik diskutiert werden. In den Landesverbänden soll diese Diskussion durch Regionalkonferenzen vorbereitet werden. Die Ergebnisse des Zukunftskongresses werden in einem „Grünbuch Zukunft“ veröffentlicht.

350 **GRÜNE Zuwächse**

355 2006 ist ein Jahr mit Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt (im März) sowie Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (im September), mit Kommunalwahlen in Hessen (März) und Niedersachsen (Herbst). Da die Rückgewinnung der Gestaltungsmacht für uns GRÜNE nur über die Länder laufen kann, wird der Bundesverband die betroffenen Landesverbände nach Kräften unterstützen.

360 Ein besonderes Augenmerk des Bundesvorstandes soll dabei den Wahlen in Ostdeutschland gelten. In den letzten Landtags- und Kommunalwahlen in Ostdeutschland ist uns dort jeweils ein relevanter Stimmenzuwachs gelungen. Bei der Bundestagswahl 2005 kamen wir in Ostdeutschland (einschließlich Ostberlin) zum ersten Mal seit 1990 wieder über 5% der Zweitstimmen. Im  
365 Osten, wo die Linkspartei.PDS zweitstärkste Partei wurde, kommt es sehr stark auf die Auseinandersetzung mit dieser Partei an. Wir können dabei an unsere überdurchschnittliche Resonanz bei Jungwählern anknüpfen. Umwelt und Gerechtigkeit sind dort mit Abstand die wichtigsten GRÜNEN Themen. Mit unserem verlässlichen Engagement gegen Rechtsaußen bilden wir eine gewichtige Stimme gegen Intoleranz. Inhaltlich unterstützen wollen wir die Arbeit der ostdeutschen Landesverbände durch eine Kommission des Bundesvorstandes mit Beteiligung von Grünen aus ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern mit Strukturproblemen. Diese Kommission soll eine integrierte Position zur Frage der Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen ausarbeiten. Unser Ziel ist es, 2006 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern den Einzug in den Landtag zu schaffen.

*... die Alten  
wird vergessen*

380 Zuwachs brauchen wir auch weiter bei den Mitgliedern. Gerade jetzt kommt es darauf an, sich aktiv bei GRÜN zu engagieren. Seit 2002 steigt die Mitgliederzahl kontinuierlich, aber zu langsam an. Unterschiedlich erfolgreiche Landesverbände können dabei voneinander lernen. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, bis Ende 2006 wieder die Zahl von 47.000 Mitgliedern zu überschreiten. Zusammen mit der Grünen Jugend wollen wir ganz gezielt auch die Organisation Jüngerer bei GRÜN erheblich ausbauen. Der Bundesvorstand  
385 wird weiterhin durch seine Nachwuchsförderung dazu beitragen, dass der Generationswechsel bei GRÜN nicht aufhört.

*Justus T. K. ... Nisch, D...*